

Lars Tschirschwitz

Kampf um Konsens
Intellektuelle in den Volksparteien der
Bundesrepublik Deutschland



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4237-4
ISSN 0941-7621

© 2017 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Umschlagfoto:
J. H. Darchinger / Friedrich-Ebert-Stiftung

Umschlag: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2017

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Einleitung	11
1 Fragestellung	11
2 Begriffe und Methoden	14
2.1 Intellektuelle	14
2.2 Strukturbruch	21
2.3 Volkspartei	24
2.4 Intellectual history des Parteiintellektuellen	28
3 Forschungsstand und Quellenlage	33
4 Aufbau	39
I Anfänge	43
1 Vier Lebenswege in die Politik	43
1.1 Erhard Eppler – der Protestant	43
1.1.1 Herkunft und Prägung	43
1.1.2 Studium und erste politische Tätigkeit in der GVP	46
1.1.3 Beginn der politischen Karriere in der SPD	49
1.2 Kurt Biedenkopf – der Ordoliberaler	51
1.2.1 Herkunft und Prägung	51
1.2.2 Die Schule des Ordoliberalismus	52
1.2.3 Von der Wissenschaft in die Politik	55
1.3 Heiner Geißler – der Jesuit	57
1.3.1 Herkunft und Prägung	57
1.3.2 Die Jesuiten und der RCDS	60
1.3.3 Von der Jungen Union zum Landesminister	61
1.4 Peter Glotz – der Vertriebene	63
1.4.1 Herkunft und Prägung	63
1.4.2 Studium und sozialdemokratische Reformen	65
1.4.3 Auseinandersetzung mit Idealisten	68
2 Die Bundesrepublik am Ende des Nachkriegsbooms	70
2.1 Vom »Wirtschaftswunder« in die Krise	71
2.2 Neue Werte – neues Protestpotenzial	74
2.2.1 Wertewandel	74
2.2.2 Bürgerlicher Widerstand	77
2.2.3 Die revoltierende Jugend als ideologische Herausforderung	80

3	Der Beginn der Grundwertediskussion	82
3.1	Das sozialdemokratische Integrationsmodell	82
3.2	Die christdemokratische Selbstfindung	84
3.3	Der »Kampf um Begriffe«	89
4	Fazit	92
II	Verschobene Fronten	97
1	Sozialer Fortschritt und die Grenzen des Wachstums	97
1.1	Über Sinn und Unsinn eines statistischen Datums	98
1.1.1	Die »Kampfansage« der OPEC	98
1.1.2	Wachstum und sozialer Frieden	104
1.1.3	Systemfragen	109
1.2	Ordnungstheorie, Kruzifix und Selbstverwirklichung – Biedenkopf, Geißler und die sozialpolitische Offensive der CDU	118
1.2.1	Kritik am »Verbändestaat«	118
1.2.2	Lebensqualität – auf konservativ	123
1.2.3	Konservativer Feminismus	128
1.2.4	In der Union schwer vermittelbar	135
1.3	Biedenkopfs »Ruhrkampf«	143
2	Technologie und Demokratie	145
2.1	Umweltfragen, Bürgerinitiativen und Genosse Eppler	146
2.1.1	Feindliche Übernahme: Strukturkonservatismus vs. Wertkonservatismus	146
2.1.2	Oppositionsarbeit und Bürgerprotest	150
2.1.3	Epplers kühler Intellekt und die Hitze des süddeutschen Wahlkampfes	154
2.2	Massenmedien und Massenmanipulation	156
2.2.1	Wettbewerbsrecht vs. Kommunikationstheorie	156
2.2.2	Fernsehen und Parteipolitik	162
2.2.3	Rundfunkkonsens auf Abruf	167
3	Fazit	174
III	Parteien, Intellektuelle und die Fliehkräfte der ideologischen Individualisierung	181
1	Terror und Extremisten	181
1.1	Die Parteien und die terroristische Herausforderung	182
1.2	Parteiintellektuelle zwischen Diskurs und Konfrontation	184
1.2.1	Peter Glotz – das pädagogische Florett	184
1.2.2	Heiner Geißler – die polemische Axt	191
1.2.3	Erhard Eppler und die protestantischen Verbündeten	198
1.3	Etappensiege	201
1.3.1	Filbinger und Russell-Tribunal	201
1.3.2	Renegaten und Exilanten	205

2	Einbindung und Ausbruch	211
2.1	Neu arrangiert: Liberalismus und Konservatismus	212
2.1.1	Neoliberale Politikberatung	212
2.1.2	Staatlicher Allmachtsanspruch und die Freiheit des Subjekts	221
2.1.3	Neoliberale aller Parteien ...	228
2.1.4	Das CDU-Grundsatzprogramm: Liberalkonservativer Kompromiss?	234
2.1.5	Showdown im Adenauer-Haus	238
2.2	Des Widerspenstigen Zähmung?	243
2.2.1	Im intellektuellen Schmelztiegel der SPD	243
2.2.2	APO-Stellvertreter Eppler	246
3	Fazit	250
IV	Tendenzkoalitionen im Wandel	257
1	Konkurrenz belebt das Geschäft	257
1.1	Die SPD zwischen Gruhl und Bahro	258
1.1.1	Von grünen und roten Ökologen	258
1.1.2	Der Laie als Gegenexperte?	263
1.1.3	Ökosozialismus	269
1.2	Die CDU zwischen Bahro, Hayek und Harrisburg	274
1.2.1	Scheingefecht und Expertenrat	274
1.2.2	»Wettbewerb als Entdeckungsverfahren«	279
1.3	Wahlkämpfe zwischen Ökologie und Ökonomie	282
1.3.1	Professionelle und säkulare Priester	282
1.3.2	Endstationen: Provinz und Bewegung	286
2	Zwischen Ost und West – der NATO-Doppelbeschluss	289
2.1	Die Genese des NATO-Doppelbeschlusses	289
2.2	Systemkampf – Wahlkampf – Glaubenskampf	295
2.3	Westbindung vs. Westeuropa	299
2.4	Die SPD und die jungen Christen	306
2.5	Die CDU und die Moral	311
2.6	Standortwechsel und kommunikativer Wandel	315
2.6.1	Zwischen Partei und Bewegung	315
2.6.2	Christdemokratische Parteiintellektuelle	321
2.7	Nachhutgefechte	329
3	Fazit	335
V	Die technische Seite der Macht	343
1	Grenzen der Integration	343
1.1	Identitätsprobleme	343
1.2	Ideologische Selbstvergewisserung	349
1.3	Das Rätsel Wechselwähler	355
1.4	Blöcke und Lager	358

1.5 (Partei-)Intellektuelle und Meinungsbildung	361
2 Technologie und Ideologie	365
2.1 Das Ende der Arbeitsgesellschaft?	366
2.1.1 Emanzipation oder: Was Arbeit ist	366
2.1.2 Arbeitslosigkeit und Individualisierung	374
2.1.3 »Richtige« und »falsche« Arbeit	380
2.2 Auf dem Weg in die »Informationsgesellschaft«?	386
2.2.1 Einführung des privaten Rundfunks	386
2.2.2 Optimismus, Pessimismus, Fatalismus	393
3 Fazit	403
VI Abrüstung	409
1 Konsens und Konflikt	409
1.1 Parteiintellektuelle und politische Kultur	409
1.1.1 Distinktion im »Parteienstaat«	409
1.1.2 Eine intellektuelle große Koalition?	417
1.2 Konsens und Mythos	425
1.2.1 Mythenbildung	425
1.2.2 Entmystifizierung	434
2 Deutsche Frage und Europa	439
2.1 »Zweite Ostpolitik« oder SDI	440
2.2 Der Parteiintellektuelle als Grenzgänger	443
2.3 Ist der Staatssozialismus reformfähig?	447
2.4 Geißlers Abgang	452
2.5 »1989« – Anschluss oder »dritter Weg«?	459
2.6 Nach der Revolution	469
2.6.1 Schwarz-Rot-Grün	469
2.6.2 Der europäische Weg	479
3 Fazit	485
VII Unstete Schreibkräfte? Ein Resümee	493
1 Parteiintellektuelle – Konsensintellektuelle	493
2 Polarisierung, Geist und Macht	497
3 Normativität und Funktionalität	504
4 Populisten, Erzähler, Stellvertreter und Scharniere	509
5 Parteiintellektuelle – Medienintellektuelle	516
VIII Zusammenfassung	523



Anhang

1	Abkürzungsverzeichnis	527
2	Quellen	529
3	Sekundärliteratur	556

	Danksagung	569
--	------------	-----

	Über den Autor	571
--	----------------	-----



Einleitung

1 Fragestellung

»Prinzipien haben heißt, mit einer Stange quer im Mund einen Waldlauf machen.«¹

»Leider bin ich kein reiner Grundsatz-Mensch, mir liegt es an der Umsetzung.«²

Politische Führung und moralische Grundsätze scheinen gelegentlich im Widerspruch zu stehen. Was passieren kann, wenn eine Obrigkeit allzu zügellos ihre Macht ausspielt und gar gegen Verfassungsgrundsätze verstößt, zeigte sich 1898, als der französische Schriftsteller Émile Zola und seine ebenfalls schreibenden Mitunterzeichner einen Skandal anprangerten, der in ihren Augen die hehren Werte der Französischen Revolution verriet. Seitdem »les intellectuels« sich für die Entlastung des zu Unrecht des Verrats angeklagten und verurteilten Hauptmanns Alfred Dreyfus mit einem offenen Brief eingesetzt hatten, war die Sozialfigur des Intellektuellen Beobachter, Kritiker und nicht selten aktiv Beteiligter des politischen Geschehens – unterwegs im Auftrag der Entrechteten. Intellektuellen wurden, je nach Standpunkt, die verschiedensten Attribute zugeschrieben und sie selbst traten mit dem Ethos des empfindsam reflektierenden Zeitgenossen in hinlänglicher Distanz zu den Zentren der Macht auf. Die oft elitäre Verachtung für politische Pragmatiker beruhte auf Gegenseitigkeit. Intellektuelle und Macht – das war in den meisten Fällen ein mindestens angespanntes Verhältnis.

Die Legitimation von politischer Macht ist in den demokratischen Gesellschaften der Moderne säkularisiert: Wo zuvor etwa die Geburt oder gar das Schwert über die Besetzung des Throns entschieden, unterliegt politische Herrschaft in egalitären Demokratien der regelmäßigen Legitimation durch wahlberechtigte Bürger. Darüber hinaus unterscheiden sich demokratische Rechtsstaaten von ihren Vorläufern durch Gewaltenteilung und an Verfassungen gebundene Regierungen. So will es das Ideal – der Übergang vom feudalistisch organisierten Ständestaat zur modernen Demokratie

1 Otto von Bismarck, zit. n.: Jesse, Olaf: Die Moltkes. Biographie einer Familie, München 2011 (2. durchges. Aufl.), S. 166.
2 E. Eppler an F. Sängler v. 26.3.1980, in: AdSD/1/EEAC000051.

verlief freilich nicht reibungslos und war immer auch von der politischen Reife der jeweiligen Gesellschaft abhängig. Selbst heute ist die Legitimation politischer Führung auch in modernen Demokratien ohne den Rückgriff auf Mythen – Erzählungen, die die Beziehungen von Individuen und Gemeinschaften im Hier und Jetzt bestimmen – praktisch nicht möglich.

Darüber, was Mythos und was »Wahrheit« ist, stritten und streiten Intellektuelle, seit man sie so nennt. Ohne dass Intellektuellen ein Kapitel gewidmet ist, kann die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht zur Gänze erzählt werden. Die Rolle, die sie spielten, war bei Weitem nicht immer frei von Tragik. Nachdem in einer weiteren Revolutionsphase, einsetzend am Ende des Ersten Weltkriegs, u. a. die Monarchien in Russland, Deutschland, Österreich und Italien endeten, zeichnete das politische Kräftefeld ideologische Konfliktlinien bis zum Ende des Jahrhunderts vor. In fast ihrer gesamten kurzen Lebensdauer sah sich die Weimarer Republik von linken und rechten Intellektuellen bedrängt, die, grob gerastert, mit der Feder für eine Restauration des Ancien Régime, die Errichtung eines sozialistischen Staates nach sowjetischem Vorbild oder aber einen Führerstaat faschistischer Prägung fochten. Mal filigran, mal ätzend polemisch, immer aber unbedingt bestritten sie das Existenzrecht der ersten deutschen Demokratie – Intellektuelle übten seinerzeit selbst eine zersetzende Macht aus. Demokraten waren rar.

In der Diktatur der Nationalsozialisten waren Intellektuelle verfolgt oder aber in die innere oder äußere Emigration getrieben – bei einigen Vertretern dieser Spezies fand sie jedoch auch Zuspruch. In der DDR freundeten sich die Intellektuellen entweder mit einem weiteren totalitären Regime an oder hielten sich auch hier bedeckt oder sie flohen aus dem »Arbeiter-und-Bauern-Staat«. Auf manche übte der deutsche Staatssozialismus wenigstens in seiner Frühphase allerdings auch eine gewisse Anziehungskraft aus. In der Bundesrepublik wurde die Kritik der Intellektuellen ein Teil nicht des politischen Systems, wohl aber der politischen Kultur. Wenngleich die Annäherung von Geist und Macht um die Wende von den 1960er- in die 70er-Jahre einen sichtbaren Höhepunkt erreichte, lösten sich die Spannungen nie ganz auf.

Diese Studie untersucht Grenzfälle: Persönlichkeiten, die an die Obliegenheiten des politischen Amtes gebunden waren und dennoch Spuren als Intellektuelle hinterlassen haben. Der Ost-West-Konflikt, die nationalsozialistische Vergangenheit, eine rebellierende Jugend und das Ende des »Wirtschaftswunders« stellten den Hintergrund der bundesrepublikanischen Szenerie, in der Parteiintellektuelle in den Volksparteien CDU und SPD an der Bewältigung des Strukturwandels mitwirkten, der sich auf gesellschaftlicher, ökonomischer und technologischer Ebene vollzog. Der Anfangsverdacht, aufgrund dessen die Arbeit in Aussicht genommen wurde, liegt in einer strukturellen Parallele des theoretischen Konstrukts der Volkspartei und dem des Intellektuellen begründet: Die Volkspartei erhebt den Anspruch, prinzipiell die ganze Breite gesellschaftlicher Interessen zu vertreten. Der Intellektuelle, zumindest im ursprünglichen Sinne, engagierte sich als Stellvertreter der Allgemeinheit. Nicht

selten stießen beide – die korporative und die solitäre Vertretung eines allgemeinen Subjekts – aufeinander. Die scheinbar paradoxe Beziehung zwischen den Zwängen der Macht einerseits und der intellektuellen Unabhängigkeit andererseits findet ihre Zuspitzung in der Person des Parteiintellektuellen – mit der Auswahl der hier zu untersuchenden Politiker, die u. a. als Generalsekretäre oder Bundesminister arbeiteten, auf ein Maximum getrieben. Beide, Parteiintellektuelle und Volksparteien der Nachkriegszeit, verstanden sich als von normativen Grundsätzen getragene Anwälte der Allgemeinheit.

Im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen Kurt Biedenkopf (CDU), Heiner Geißler (CDU), Erhard Eppler (SPD) und Peter Glotz (SPD), die am Ende des ökonomischen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg als Politiker der beiden deutschen Volksparteien und Intellektuelle Karriere machten. Eine leitende Frage ist die nach dem Wesen »des« Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik am Ende Nachkriegsbooms, über das auf dem Wege des biografischen Vergleichs Aufschluss zu gewinnen ist. Die Studie erforscht den Typus des Parteiintellektuellen, seine politische Funktion in der Bundesrepublik im Untersuchungszeitraum sowie die Ursachen für sein Erscheinen auf und das Verschwinden von der politischen Bühne. Neben die biografische und die intellektuellengeschichtliche Säule tritt die Erforschung der Reaktionen der Großparteien auf die Transformationsprozesse der Bundesrepublik in der Zeit zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende. Die Auseinandersetzungen um die Bestimmung des neuen Standortes etwa angesichts der Gefährdung des Wirtschaftswachstums, das seinerzeit als wichtige Stütze der bundesrepublikanischen Demokratie erachtet wurde, können exemplarisch für gesamtgesellschaftliche Debatten gewertet werden – erst recht, wenn man den Charakter der Volkspartei, innerhalb derer sich möglichst weite Teile der Bevölkerung wiederfinden sollen, in Rechnung stellt. Dabei gelten folgende Fragen als zielführend: Lässt sich ein verallgemeinerbares Profil »des« Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik des Untersuchungszeitraums entwerfen bzw. inwiefern unterschieden sich diese Figur von ihren historischen Vorgängern? Wie und in welchen Konstellationen trat das beschriebene Spannungsverhältnis zu Tage? Wie schätzten unsere Protagonisten die Perspektiven von Partei und Gesellschaft angesichts der Herausforderungen des Strukturwandels ein? Worauf gründeten sie ihre intellektuelle Freizügigkeit und ihr politisches Gewicht bzw. wie konnten sie diese nutzen? In welchem Verhältnis standen sie zu anderen gesellschaftlichen Gruppen wie den Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, wissenschaftlichen Institutionen, den Kirchen oder neuen sozialen Bewegungen? Wer waren ihre Adressaten bzw. welcher Medien bedienten sie sich?

seinem Abschied aus dem Amt des Generalsekretärs nicht gänzlich vernachlässigen wollte, sondern lediglich die Gangart änderte. Die Fähigkeit zur Integration, die in politischen Spitzenämtern von hoher Bedeutung ist, sei nach eigener Auskunft nicht seine Stärke.²²³ Nicht in der Organisation des innerparteilichen Ausgleichs, sondern in der Produktion von Ideen sah Biedenkopf seine zukünftige Aufgabe. Vom Spannungsverhältnis eines intellektuellen Kreativarbeiters, der zugleich den Restriktionen des politischen Amtes unterliegt, wollte er sich ein Stück weit lösen, ohne die Chancen auf handfeste politische Macht zu sehr zu schmälern.

2 Technologie und Demokratie

Die Erosion des bundesdeutschen Konsenses äußerte sich, wie gesehen, in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Kritik an einer wachstumsabhängigen Volkswirtschaft. Das Problem Arbeitslosigkeit stand noch nicht so sehr im Vordergrund. Stattdessen war das Verhältnis von Technologie und Politik zentraler Streitpunkt der hier untersuchten Persönlichkeiten. Die zivile Nutzung der Atomkraft war noch im vorangegangenen Jahrzehnt relativ unumstritten. Sie wurde allerdings im Laufe der 1970er-Jahre neben den bürgerrechtlichen Forderungen der alten APO zu einem weiteren Kristallisationspunkt außerparlamentarischen Protests, der sich in Form von Bürgerinitiativen immer häufiger gegen den Bau von Atomkraftwerken (AKW) oder die Einrichtung von Endlagerstätten für den nuklearen Sondermüll richteten. Der Konflikt von demokratischer Mehrheitsentscheidung und individualisiertem Protest erreichte damit eine neue Qualität. Sie richtete einmal mehr den Blick auf den Kern der bundesdeutschen Demokratie bzw. die politische Kultur der Republik. Die Regierungspartei SPD war gefordert, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen – maßgeblich vertreten durch Erhard Eppler, der sich intensiv mit dem Phänomen Bürgerprotest beschäftigte.

Ein weiteres Problemfeld, auf dem politische Tradition und technologische Neuerungen aufeinanderstießen, war das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die politische Macht des Fernsehens wurde von den meisten Politikern seit jeher als (sehr) hoch eingeschätzt und war, wie vormals das papierne Pressewesen, ein verlässliches Streitthema. Von den vier untersuchten Politikern waren es in erster Linie Peter Glotz und Kurt Biedenkopf, die sich dem Thema widmeten. Ausgangspunkt einer energisch geführten Kontroverse war das äußerst knappe Wahlergebnis der Bundestagswahl 1976, in deren Folge die Union eine der Ursachen für die von ihr nur um Haaresbreite verfehlt absolute Mehrheit im vermeintlich von »Linken« durchgesetzten öffentlich-rechtlichen Fernsehen erkennen wollte.

²²³ Vgl. o. A.: Filzokratie in der eigenen Partei, in: Der Spiegel, Nr. 25 v. 13.6.1977, S. 49-50, S. 49.

2.1 Umweltfragen, Bürgerinitiativen und Genosse Eppler

2.1.1 Feindliche Übernahme: Strukturkonservatismus vs. Wertkonservatismus

Erhard Eppler rang in der SPD um Reformen – in stetig wachsendem Abstand zu Helmut Schmidt. Pragmatisches Handeln in der Krise, das selbst geschaffene Markenzeichen des Bundeskanzlers, galt ihm als Ersatzideologie, die er schon vor der Ölkrise, mitten in der Theoriediskussion mit den Jusos nicht hatte hinnehmen wollen, solange es nicht der Verfolgung langfristiger Ziele diene.²²⁴ Nun, als die politischen Spielräume immer enger zu werden drohten, versuchte der ehemalige Bundesminister, eigene Perspektiven aufzuzeigen.

Das 1975 verabschiedete Langzeitprogramm, nach »Seeheimer« Herbert Ehrenberg »kein intellektuell faszinierendes Gesamtkonzept«²²⁵, galt als Kompromiss zwischen den Flügeln der Partei. Der Ausstoß an theoretischen Schriften verschiedener Autoren war in den vorangegangenen Jahren erheblich gestiegen, was mitunter als Kompensation einer nicht institutionalisierten Grundsatzprogrammdiskussion, wie sie mittlerweile in der CDU angelaufen war, verstanden werden konnte. Zumindest radikale Marxisten hatten es ab 1975 – die OPEC-Länder erhöhten den Ölpreis zu Beginn des Jahres nochmals – immer schwerer, mit Parolen von »Klassenkampf« und »Systemveränderung« Anklang zu finden. Eppler brauchte kein Jahr, um seine Ansichten, die zum Bruch mit Kanzler Schmidt geführt hatten, als eigenständiges Buch zu veröffentlichen. Anders als in den Fällen Biedenkopf (1974) und Geißler (1976) stand es nicht im Zentrum einer von der Partei geplanten Publikationsoffensive.

In seiner ersten Regierungserklärung 1974 hatte Helmut Schmidt erklärt, sich angesichts enger werdender finanzieller Spielräume »auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist«²²⁶, zu beschränken. Mit *Ende oder Wende*²²⁷ spielte der Autor schon im Untertitel (»Von der Machbarkeit des Notwendigen«) auf seinen innerparteilichen Hauptgegner an. Der Wechsel aus dem Bundeskabinett in die Rolle des schreibenden Landespolitikers – Eppler strebte den Landesvorsitz der SPD in Baden-Württemberg an – mag zunächst erzwungen gewirkt haben. Mancher vermutete jedoch bei seinem Ausscheiden aus dem Kabinett, dass der Schwabe lediglich noch den richtigen Zeitpunkt abgewartet hatte, nachdem die Führungsfigur Brandt zurückgetreten war, und sich nicht gänzlich von der bundespolitischen Bühne verabschieden würde.²²⁸ Anfang 1975 kündigte er sein Buch an, das er als Beitrag zur

224 Vgl. Eppler: Realismus von links, S. 399.

225 Ehrenberg, Herbert: Stein der Weisen – nicht zu verordnen, in: Der Spiegel, Nr. 16 v. 14.4.1975, S. 166-167, S. 166.

226 Helmut Schmidt zit. n.: Regierungserklärung v. 17.5.1974, in: Stüwe (Hg.), S. 201-216, S. 201.

227 Eppler, Erhard: Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart u. a. 1975.

228 Vgl. Wördemann, Franz: Warum man Eppler beobachten muß, in: Münchener Merkur v. 6.6.1974.

Diskussion über »ein Versatzstück zwischen der praktischen Politik [...] und dem Orientierungsrahmen«²²⁹ verstand. Die baden-württembergischen Kommunal- und Landtagswahlen 1975/76 hatte der Autor ebenfalls im Blick.

Ende oder Wende wurde 1981 zum vierten Mal aufgelegt²³⁰; schon die Erstausgabe 1975, in der er seine bisherigen theoretischen Arbeiten zusammenfasste und um praktische Ansätze erweiterte, sorgte für Wirbel. Der Zeitgeist war auf seiner Seite, einige namhafte Schreiber fassten bis Mitte der 1970er-Jahre diffuse Zukunftsängste in Buchform. Mit Herbert Gruhl (CDU), Carl Amery und Carl Friedrich von Weizsäcker, um nur einige zu nennen, reichte das Spektrum vom konservativen Parlamentarier über den katholischen Schriftsteller bis zum protestantischen Kernphysiker. Ihre Schriften²³¹ wurden mehrfach aufgelegt. Was Epplers Buch von jenen Veröffentlichungen unterschied, war die Tatsache, dass er erfahrener Politiker war. Anders als Gruhl hatte er an der Spitze einer Ministerialbürokratie gearbeitet, Amery entsprach als Künstler und ehemaliges Mitglied der Gruppe 47 dem klassischen Bild des Intellektuellen und von Weizsäcker galt als hochdekorierter Mann der Wissenschaft. Was Eppler mit ihnen verband, war die These von der überlebensnotwendigen Richtungsänderung der Politik – auch und gerade der eigenen Partei. Manch intellektueller Vorreiter der Eppler'schen Gedanken, wie der Psychoanalytiker Erich Fromm, zählte den Band »zu den bedeutsamen neueren Arbeiten«²³² zum Thema Bewusstseinswandel.

Von Beginn an hatte Epplers Kritik am Wachstumsbegriff zwei Perspektiven verbunden: einerseits die durch die Industriegesellschaft verursachten Umweltprobleme, deren Folgen er zuerst in den Entwicklungsländern beobachtet hatte; zum anderen der vermeintlich sterile Materialismus der Wohlstands- bzw. Konsumgesellschaft. Bis Mitte der 1970er-Jahre verdichtete er beide Sachverhalte zu einem. Der allgemeine Stimmungsumschwung ließ sich nicht von der Hand weisen, wenngleich er gewiss nicht nur auf Umweltprobleme zurückzuführen war. Die Wahrscheinlichkeit, dass er sich parteipolitisch primär aufseiten der Union auszahlen würde, war nicht gering, wie das knappe Ergebnis der Bundestagswahl 1976 belegen sollte. Dabei galt einer Reihe von Konservativen, die der als »Tendenzwende« beschriebenen Trendumkehr von optimistischem Fortschrittsglauben zu Ernüchterung und Zukunftsangst Vorschub leisteten, die Umweltfrage lediglich als Mittel zum Zweck des Machterwerbs.²³³

229 Erhard Eppler zit. n.: Seele, Gerhard R./Fritz, Manfred: Unsere Gesellschaft braucht Impulse, in: Rhein-Neckar-Zeitung v. 25.2.1975.

230 Mit einer für ein politisches Sachbuch ansehnlichen Auflagenhöhe von 37.000 Exemplaren (1981).

231 Vgl. Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt a. M. 1975; Amery, Carl: Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen, Reinbek b. Hamburg 1976; von Weizsäcker, Carl Friedrich: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München u. a. 1976.

232 Fromm, Erich: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München 1979, S. 159.

233 Vgl. Graf: Die Grenzen des Wachstums, S. 213 ff.

Eppler, Gruhl und von Weizsäcker jedoch waren Überzeugungstäter. Zu Epplers persönlicher Motivation addierte sich möglicher parteipolitischer Nutzen. Es kam darauf an, das Thema Umwelt in einer Zeit, in der klassische sozialdemokratische Themen an Zugkraft einbüßten, für die SPD zu erschließen. Sein energisches Drängen gegenüber seinem Verlag, mehr für die Werbung seines Buches zu tun, war daher wohl nicht nur Ausdruck schriftstellerischer Eitelkeit, sondern Einsatz im Kampf um die Deutungshoheit: »Es ist durchaus denkbar, daß dieses Buch [Gruhls; L. T.] auch als Konkurrenz zu meinem gedacht ist.«²³⁴

Zunächst kann festgehalten werden, dass Eppler die Herausforderung im »Kampf um Begriffe«, genauer: um ihre jeweiligen Inhalte, angenommen hatte. Er stritt um die Assoziationen, die politischen Leitwörtern anhaften, und formte eigene. Aus heutiger Sicht ist vor allem sein differenzierender Konservatismusbegriff in Erinnerung geblieben. *Struktur*konservatismus sei mit dem Ziel der »Konservierung von Machtpositionen, von Privilegien, von Herrschaft« verbunden, und stehe prinzipiell allem, »was die europäische Geschichte an christlich-konservativer Tradition hervorgebracht hat«, entgegen. Unter *Wert*konservatismus verstand Protestant Eppler die Tradition von »Werte[n] wie Dienst oder Treue, Tugenden wie Sparsamkeit oder die Fähigkeit zum Verzicht«, die die »Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen« zum Ziel habe.²³⁵ Eppler hielt die »Tendenzwende« für im »Kern wohl eher wertkonservativ«²³⁶. Seine Begriffsprägung war ein Versuch der feindlichen Übernahme, indem er die Strategie des »Begriffebesetzens« gegen ihre Urheber anwendete. Obgleich Eppler die Art des christdemokratischen »Begriffsimperialismus«²³⁷ missbilligte, da er zu ideologischer statt sachlicher Polarisierung führe²³⁸, war die Umdeutung des Konservatismusbegriffs ein dem Prinzip nach ähnlicher Ansatz. Die Intention, der Sozialdemokratie auch ein Moment konservativer Traditionen einzuschreiben, war nicht neu. Seiner ideologischen Herkunft, dem christlich fundierten Nationalliberalismus Friedrich Naumanns, der über die Persönlichkeiten Theodor Heuss' und Gustav Heinemanns eine auch biografische Konstante war, blieb Eppler treu. Den Griff nach dem Konservatismus hatte er seinerzeit (1961) mit einem Zitat – der geliehenen Autorität – Naumanns belegt: »Die SPD ist uns ein Aufenthaltsort künftiger Christlich-Sozialer.«²³⁹

234 E. Eppler an Kohlhammer-Verlag, 29.9.1975, in: AdsD/1/EEAC0000209.

235 Vgl. Eppler: Ende oder Wende, S. 29 f., S. 29 u. 30.

236 Ebd., S. 34.

237 Ders.: Parteipolitik zwischen Machtstreben und Gemeinwohl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 26, H. 32/33 (1976), S. 13-20, S. 18. Der Text entspricht einem Vortrag auf einer Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing und wurde auch als Pressemitteilung veröffentlicht (vgl. SPD-PM Nr. 277/76 v. 28.5.1976).

238 Vgl. ebd., S. 20.

239 Ders.: Liberale und Soziale Demokratie, S. 22 (Eppler zitiert aus: Heuss, Theodor: Friedrich Naumann, Stuttgart 1937 (1. Aufl.), S. 128).

Einer der Hochschulprofessoren, die die SPD einst unterstützt hatten, der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer, entdeckte einen semantischen Makel in den Ausführungen des promovierten Germanisten Eppler. Er ordnete *Ende oder Wende* zwar nicht in die »Kategorie billig zu habender utopischer Entwürfe«²⁴⁰ ein, bemängelte aber die Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus als trügerisch. Strukturkonservative würden, so Sontheimer, doch auch für die Erhaltung von Werten eintreten, die durch die Bewahrung bestimmter Strukturen gewährleistet ist, während Wertkonservative erst Strukturen schaffen wollten, die dem Schutz *ihrer* Werte dienten: »Insofern läuft die Unterscheidung zwischen den beiden Formen von Konservatismus doch auf die traditionelle Unterscheidung von Werten hinaus.«²⁴¹

Kurt Biedenkopf wehrte sich ähnlich wie Sontheimer, hielt die Eppler'sche Unterscheidung gar für »eine falsche, ja gefährliche Alternative«, die im Zweifel emotionalisiere, entpolitisiere und so am Ende die Lösung drängender Probleme verunmögliche.²⁴² Er führte dies in der Zeitschrift *Radius* aus, die sich im Untertitel »die Kulturzeitschrift zum Weiter-Denken« nannte und mit Sitz in Stuttgart das Monatsblatt eines protestantischen, gebildeten Publikums war – der Zielgruppe Epplers, der in unregelmäßiger Folge hier veröffentlichte. Der Vorwurf des Moralismus, wie ihn auch Biedenkopf äußerte, traf die Sache nicht im Kern. Die Emotionalisierung war die Stärke von *Ende oder Wende* und zugleich auch seine größte Schwäche. Anhand einer Reihe von Beispielen fasste das Buch ein zivilisationskritisches Unbehagen zusammen: an den zweifelhaften Praktiken industrieller Lebensmittelproduktion, denen ordnungspolitisch zu begegnen sei²⁴³, oder den Einrichtungen des modernen Gesundheitswesens, das den »Tod [...] ins Krankenhaus verbannt«²⁴⁴. Eppler richtete sich gegen einen pauschalen Fortschrittsbegriff und traf somit den Nerv vieler, vermutete C. F. v. Weizsäcker bei seiner Rezension in der *Zeit*: »Einerlei ob er [der Leser; L. T.] Beamter, Abgeordneter, Lehrer, potentieller Mitwirkender an einer vernünftigen Bürgerinitiative oder schlichter Wähler ist – er wird etwas finden, wofür er sich einsetzen kann.«²⁴⁵ Aus Sicht eines an Machterwerb und Machterhalt orientierten Politikers musste man sich erstens die Frage stellen, inwieweit dieses subjektiv empfundene Protestpotenzial überhaupt politisch formulierbar war und zweitens,

240 Sontheimer, Kurt: Konservative von links?, in: Deutsche Zeitung v. 29.8.1975.

241 Ebd.

242 Vgl. Biedenkopf, Kurt: Verteilungskampf oder konkrete Solidarität. Eine Frage – drei Antworten, in: *Radius* H. 1 (1976), S. 10-24, S. 18-21, Zitat S. 21.

243 »Die Zeiten, in denen Getreideexporte der EG erst mit Steuermitteln auf den Weltmarktpreis herabgeschleust werden mußten, sind vorbei. Abschöpfungen beim Export von Getreide [...] füllen heute die Kassen der Gemeinschaft, während Überschüsse an Rindfleisch oder Schweinefleisch auf Kosten des Steuerzahlers gelagert werden müssen« (Eppler: *Ende oder Wende*, S. 84). Eppler übte sich hier ebenfalls in Verbändekritik: »Widerstand ist von Seiten der Landwirtschaft zu erwarten« (ebd., S. 85).+

244 Ebd., S. 94.

245 von Weizsäcker, Carl Friedrich: Fragen zur Zukunft, in: *Die Zeit*, Nr. 30 v. 18.7.1975, S. 9.

ob diese möglichen Gemeinsamkeiten ausreichten, um andere politische Ziele so zu überlagern, dass daraus Kapital geschlagen werden konnte. Wenn Eppler in politischen Kategorien dachte – und dies stand außer Frage –, so musste er den Kern seines Themas zu einer politischen Agenda ausbauen.

2.1.2 Oppositionsarbeit und Bürgerprotest

Die Unregierbarkeitsthese gehörte nicht nur in Deutschland ab Mitte der 1970er zum festen Inventar politischer Debatten um die Zukunft des (Wohlfahrts-)Staates.²⁴⁶ »Regierbarkeit«, davon wurde weithin ausgegangen, war nur unter Aufrechterhaltung des politischen Konsenses gegeben, der sich auf eine bestimmte Form des Zusammenspiels von Wirtschaft und Politik bezog. Mit der durch die Wachstumsschwäche einhergehenden Delegitimation des keynesianischen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit wuchs vermeintlich die Gefahr der »Unregierbarkeit«. Dies war jedoch nur die nationale Perspektive, die die außenwirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere die stetige Zufuhr günstiger Rohstoffe zumeist außer Acht ließ.

Für Eppler manifestierte sich die Überkommenheit des spezifisch bundesdeutschen Modells daher nicht nur in Fragen der nationalen Verteilungsgerechtigkeit, sondern fügte sich in seine Vorstellungen über die zukünftige Rolle der Entwicklungsländer ein. Sie gipfelten in die vom Begriff »Lebensqualität« ausgehende Kritik materialistischer Lebensstile, in ein Verlangen nach Schonung der Umwelt. In den *Evangelischen Kommentaren* war Eppler, empirisch gesehen, diesbezüglich Wortführer²⁴⁷, auf Landesebene musste er mit der Rolle des Chefs der Oppositionspartei vorliebnehmen. Der Inhaber eines Bundestagsmandats wollte die personell wie ideell ausgetrocknete Landespartei in den Wahlkampf führen. Aufgrund der chronischen Dominanz der CDU hatte die SPD in Baden-Württemberg kaum Spitzenkräfte halten können, die lieber auf Bundesebene Karriere machten.²⁴⁸ Von dort war der Intellektuelle Eppler gerade zurückgekehrt, um programmatische Arbeit zu leisten.

Im Schlussreferat einer von der Landespartei initiierten Energiekonferenz in Reutlingen im Juni 1975 ging er auf die Kernthesen eines Referats C. F. von Weizsäcker ein. Eppler umriss eine energiepolitische Strategie, die aufgrund eines vorläufigen Mangels an Alternativen die Einsparung von Energie aus Atomkraft und fossilen Brennstoffen setzte und zugleich die Erschließung neuartiger »sauberer« Energiequellen zum Ziel hatte.²⁴⁹ Es war die bisherige Praxis der Planung der Energieinfrastruktur, die auf seine Vorbehalte stieß. Wenn er der Landesregierung vorwarf, ledig-

246 Vgl. Hacke: Der Staat in Gefahr; Nützenadel, S. 241 ff.

247 Vgl. Hahn, S. 171.

248 Vgl. o. A.: 45 Imitschle, in: Der Spiegel, Nr. 23 v. 2.6.1975, S. 35-36.

249 Vgl. Eppler, Erhard: Rede auf der Energie-Konferenz am 21.6.1975 in Reutlingen, in: AdSD/ Pressearchiv, Ordner 2900.

lich Lobbyinteressen der Energieunternehmen wahrzunehmen, so war der Verdacht nicht gänzlich unberechtigt, basierte doch die Planung des Baus von (Kern-)Kraftwerken »nicht erst seit den 1970er-Jahren« zu großen Teilen auf Bedarfsprognosen der Energiewirtschaft selbst.²⁵⁰

Die Pläne der baden-württembergischen Landesregierung, in der Nähe des Ortes Breisach »das bis dahin größte und leistungsstärkste Atomkraftwerk [...] der Welt« zu errichten, wurden von lokalen Protestgruppen abgewendet – das AKW sollte anschließend 30 Kilometer nördlich in Wyhl entstehen.²⁵¹ Nachdem das in Aussicht genommene Gelände von Atomkraftgegnern besetzt worden war, hatte die CDU-Landesregierung die Baumaßnahmen zunächst ausgesetzt, immer wieder kam es zu Kundgebungen. Im Sommer 1975 reiste Eppler, dem die Kernkraft einst als energiepolitische Perspektive der Entwicklungsländer gegolten hatte²⁵², nach Wyhl. Er hielt eine Rede, in der er über seine Erfahrungen als regierender Politiker sprach und die Frage der Kernenergie zu einer Kernfrage der Demokratie machte:

»[A]ls Politiker habe ich darüber [die Besetzung des Baugeländes; L. T.] weder zu jammern noch zu moralisieren, sondern erstens zu fragen, warum hier Bürger, die sonst jede Illegalität meiden, Gesetze übertreten, und zweitens darüber nachzudenken, wie man in solchen Fällen Formen legaler Willensäußerung schafft, die illegale überflüssig macht.«²⁵³

Eppler trat hier als Parteintelktueller auf: Natürlich betrieb er in Wyhl Wahlkampf, er war der Spitzenkandidat der Opposition, der sich an Personen wendete, die gegen Maßnahmen der Landesregierung protestierten. Gleichwohl berührte er Fragen, die über die Tagespolitik weit hinausreichten und die eigene Partei, die den Ausbau der AKWs noch mehrheitlich unterstützte, implizit in die Kritik mit einbezog. Möglicherweise wären die Protestierenden Träger eines künftigen Konsenses, der auch die SPD nicht unberührt lassen konnte. Sein Image als nonkonformistischer Sozialdemokrat war seit seinem Rücktritt aus dem Kabinett im Streit mit Bundeskanzler Schmidt und Finanzminister Apel Teil der Marke Eppler. Mit dem gerade erschienenen Buch hatte er sie weiter konturiert. Diese Konstellation, in der er des politischen Rückschlags ungeachtet seine Idee des Wandels vertrat, vermittelte den Eindruck politischer Eigenständigkeit. In der Tat genoss der von Parteidisziplin vergleichsweise unbehelligte

250 Vgl. Ehrhardt, Hendrik: Energiebedarfsprognosen. Kontinuität und Wandel energiewirtschaftlicher Problemlagen in den 1970er und 1980er Jahren, in: Kroll/ders. (Hg.), S. 193-222, Zitat S. 197.

251 Vgl. Rusinek, Bernd-A.: Wyhl, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte Bd. 2, München 2009, S. 652-666, Zitat S. 653.

252 Vgl. SPD-PM Nr. 340/68 v. 23.7.1968.

253 Zit. n.: Rede des SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Dr. Erhard Eppler in Wyhl am 26. Juni 1975, in: SPD/PM [SPD-LV Baden-Württemberg] Nr. 117 v. 26.6.1975, S. 3, in: AdsD/Pressearchiv, Ordner 2900.

Direktkandidat einen Status, den ihm die Bundespartei in Baden-Württemberg wohl oder übel zugestand. Da Eppler es künftig auf die Landespolitik abgesehen hatte, waren deren Zugriffsmöglichkeiten noch etwas weiter eingeschränkt.

In der Entstehung von Bürgerinitiativen wie in Wyhl konnte man – mit Eppler – erkennen, dass die Bevölkerung durchaus in der Lage war, das, was gemeinhin unter dem Schlagwort »Lebensqualität« verstanden wurde, als politische Kraft zu formulieren, die nicht als verordnende Gewalt erschien. Diese aktionistische Form krankte hingegen an derselben Unzulänglichkeit wie Epplers Formulierung: Die Wyhler Demonstranten entwarfen kein positives Konzept, sondern lehnten lediglich den Bau des AKW vor der eigenen Haustür ab. Aus lokal begrenzten Initiativen hoffte Eppler allgemeine Trends ablesen zu können: »Wir brauchen Bürgerinitiativen, die sich auf einem begrenzten Feld vornehmen, das im Allgemeininteresse Notwendige machbar zu machen.«²⁵⁴

Die technokratische Planung der Energieversorgung führte nach Meinung Epplers zu einer Art »Expertokratie«, in der weder Minister, noch Beamte und schon gar nicht viel beschäftigte Parlamentarier etwas anderes entscheiden könnten, als das, was ihnen von Gutachtern vorgeschlagen werde.²⁵⁵ Zudem hatten die Konjunkturprognosen der letzten Jahre sich als falsch erwiesen. Daher müsse man, so Eppler, an Energiebedarfsprognosen, mit denen der Bau von AKW ungeachtet der auch seinerzeit schon bekannten Gefahren der Kernenergie²⁵⁶ gerechtfertigt wurde, ebenfalls zweifeln. Eine Güterabwägung zwischen Sicherheit der Energieversorgung und kalkuliertem »Restrisiko« strapazierte ein liberales Verständnis des Verhältnisses von Staat und Individuum erheblich. Zwar hatte ein Bürgerentscheid in Wyhl Anfang 1975 mit 55 zu 43 Prozent für die Errichtung des Kraftwerks votiert.²⁵⁷ Für Eppler, der die Diskussion um die Nutzung der Atomkraft nur als eine Variante einer prinzipiell zu führenden Debatte um die politische Steuerbarkeit des technischen Fortschritts betrachtete²⁵⁸, stellte sich aber die »Kardinalfrage aller Politik«, inwieweit nämlich in einer Demokratie, die vom Wechsel lebt, langfristig auch strittige Reformen wie die Umstellung der Energieversorgung möglich sind, Politiker »Bewusstseinsbildung« aktiv betreiben müssten.²⁵⁹ Wer wessen Bewusstsein zu formen hatte, blieb dabei offen: *Der* Politiker, der sich der Anliegen der Bürgerinitiativen annimmt, um sie parlamentarisch mehrheitsfähig zu machen oder *der* Politiker, der in verhältnismäßig kleinem Kreis

254 Eppler: Ende oder Wende, S. 120.

255 Vgl. Rede des SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Dr. Erhard Eppler in Wyhl am 26. Juni 1975 (wie Fn. 255), S. 4-5.

256 In Frankreich (1974), Spanien (1972) und der Schweiz (1967/69) waren bereits Störfälle in AKW bekannt geworden.

257 Vgl. Rusinek: Wyhl S. 653.

258 Vgl. Rede des SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Dr. Erhard Eppler in Wyhl am 26. Juni 1975 (wie Fn. 255), S. 3.

259 Vgl. Eppler: Ende oder Wende, S. 61 f., Zitat S. 60.

getroffene politische Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung legitimiert. Der Gegensatz von Epplers Demokratieverständnis und der von Schelsky festgestellten Zwangsläufigkeit von Sachgesetzlichkeiten und politischen Entscheidungen²⁶⁰ fand hier ein lebendiges Beispiel. Eppler verstand sich offensichtlich als ein Politiker der ersten Kategorie. Heiner Geißler neigte der zweiten Variante zu.

Als natürliche Ergänzung der repräsentativen Demokratie nahm er, ab 1977 Generalsekretär der CDU, die Bürgerinitiativen nicht wahr. Diese Art spontaner Willensbekundung offenbarte aus Geißlers Sicht eher ein Versagen der politischen Parteien vor ihrem verfassungsmäßigen Auftrag. Unter Verweis auf Art. 21 GG stellte er fest, dass die Parteien zunehmend an der Aufgabe der Meinungsbildung des Bürgers scheiterten.²⁶¹ Die Ängste und Erwartungen der Menschen, die sich in den Bürgerinitiativen engagierten, müssten auf dem traditionellen Wege der Parteiarbeit integriert werden, ganz ähnlich der »Erziehungsaufgabe« die Biedenkopf dem Staat in Verteilungskonflikten zgedacht hatte. An ein Vorgehen wie das des Kollegen Eppler, das die dauerhafte Existenz dieser Aktionsform voraussetzte, wäre aus Geißlers Position nicht zu denken gewesen.

Soziologe Erwin K. Scheuch, der mit seiner Expertise nicht selten der Union zur Seite stand, befasste sich wie Kurt Sontheimer in der an ein evangelisches Publikum gerichteten *Deutschen Zeitung* mit Epplers Politikverständnis. Gesellschaftspolitischen Reformbedarf, Demokratisierung oder die Anerkennung selbst geschaffener Partizipation, wie sie sich z. B. in Wyhl zeigte, erschien ihm ebenso wenig notwendig wie Geißler. Scheuch sah lediglich die von Schelsky sogenannte »Priesterherrschaft« progressiver Intellektueller wie Eppler an ein Ende gekommen und hielt die Demokratie für regierbar, wenn Regierungen nur die Verbände in Zaum hielten.²⁶²

Darüber, wer Anspruch auf politische Führung erheben könnte, herrschte in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre offenbar kein Konsens. Scheuch gehörte zu jenen, die sich für das Primat der regierungsamtlichen Führung aussprachen, Eppler zeigte deutliche Sympathien für Kompetenzübertragungen nach unten. Strukturell stand er den sozialpolitischen Vorstellungen Heiner Geißlers, der den Bürgerinitiativen hingegen mit Vorsicht begegnete, nicht fern. Intellektueller Aufmerksamkeit konnte Eppler sich sicher sein, er bezweifelte jedoch, dass Scheuch das Buch gelesen hatte.²⁶³

260 Vgl. Schelsky: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, S. 12-32.

261 Vgl. o. A.: Vertrauenskrise der SPD/FDP führt zur Staatsverdrossenheit, in: UiD Nr. 14/15 v. 7.4.1977, S. 5-6, S. 6. Das Interview erschien auch in: Deutsche Zeitung v. 6.4.1977.

262 Vgl. Scheuch, Erwin K.: Unregierbar – für wen?, Zitat ebd., in: Deutsche Zeitung v. 25.7.1975.

263 Vgl. Eppler, Erhard: Leserbrief, in: Deutsche Zeitung v. 22.8.1975.

2.1.3 Epplers kühler Intellekt und die Hitze des süddeutschen Wahlkampfes

Mit Eppler als Spitzenkandidat zogen die baden-württembergischen Sozialdemokraten 1976 in den Landtagswahlkampf, in dem er aus seiner Autorentätigkeit Kapital schlug, gezielt Intellektuelle ansprach und Lesungen hielt.²⁶⁴ Nach bewährtem sozialdemokratischem Rezept engagierten sich für ihn Intellektuelle in einer Wählerinitiative. Alfred Horné, Walter Dirks und Heinz Fuhrmann waren Katholiken mit gewerkschaftlichen Bindungen²⁶⁵, die die Wahl der SPD gerade Wählern aus ihrem konfessionellen Spektrum nahelegten. Norbert Blüm, Hans Katzer und der Protestant Richard von Weizsäcker seien in der CDU zwar eine »ehrenwerte Minderheit«, die Partei verfolge grundsätzlich aber »eine nach unserer Einsicht falsche und für unser Volk schädliche Politik.«²⁶⁶ Die Nennung der drei Unionspolitiker verrät, dass die Beteiligten die Landtagswahl unter bundespolitischen Auspizien sahen und in der Tat konnte sie als Testlauf für die Bundestagswahl ein halbes Jahr später gelten. Zudem wurde dadurch klarer, auf wen Eppler bzw. seine Wahlkampfshelfer abzielten: Einer der beiden christlichen Konfessionen waren in den 1970er- und 80er-Jahren um die 90 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung offiziell zugehörig, wobei sich ein anfangs leichtes Übergewicht der Katholiken bei insgesamt abnehmender religiöser Bindung im Laufe der Zeit verstärkte.²⁶⁷ Setzte die Wählerinitiative für Eppler also auf »Linkskatholiken«, die als Wechselwähler womöglich ihr Kreuz bei der SPD machen sollten, so überrascht Rolf Zundels Charakterisierung Heiner Geißlers als »Wertkonservative[m]«²⁶⁸ kaum. Epplers Formulierung war zu unscharf, wie sich in den Auseinandersetzungen des Landtagswahlkampfes zeigte.

Für die Ansicht, dass sein Buch hier eine Schlüsselrolle spielen sollte, spricht die Reaktion seines Kontrahenten. Ministerpräsident Hans Filbinger antwortete mit einer Broschüre des Seewald-Verlages, die 1976 als Druck eines Vortrages an der Katho-

264 Vgl. Terminplan 15.8.1975: »Gespräch mit Intellektuellen in Hechingen über das Buch ›Ende oder Wende‹«, in: AdsD/1/EEAC0000165; vgl. auch: Flugblatt: Einladung zu Lesung im »Gustav Siegle Haus Großer Saal 4.12.1975«, in: ebd.

265 Horné hatte »nach dem Kriege an der Frankfurter Jesuitenhochschule St. Georgen studiert und ist ein Schüler von [Oswald] Nell-Breuning. [...] Er war Vorsitzender der RFFU, einer Rundfunkgewerkschaft, und dann Mitbegründer der IG Medien.«(zit. n.: Möhring, Andreas [Transkription]: »Mit Nell-Breuning ... dann war die Sche [sic!] katholisch«. Das politische Wirken Oswald von Nell-Breunings SJ. Ein Gespräch zwischen Iring Fetscher, Alfred Horné und Theo Pirker [27.2.1990, Oberjosbach/Ts.], online eingesehen unter: <http://www.cda-merzig-wadern.de/DaspolitischeWirken.htm> (Stand: 3.1.2014, PDF-Ausdruck liegt dem Verfasser vor)). U. a. Dirks gab seit 1946 die *Frankfurter Hefte* heraus. Fuhrmann war in den 1980er-Jahren stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (vgl. Kalass, Viktoria: *Neue Gewerkschaftskonkurrenz im Bahnwesen. Konflikt um die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer*, Wiesbaden 2012, S. 114 f.).

266 Vgl. Flugblatt »Wir Katholiken wählen SPD«, Zitate ebd., in: AdsD/1/EEAC0000165.

267 Vgl. die Angaben in: Zimmermann: *Religionen und Konfessionen*, S. 292.

268 Zundel: *Heiner Geißler*, S. 20.

lischen Akademie Freiburg erschien und Eppler selbstverständlich nicht entging.²⁶⁹ Filbinger griff zunächst die Demokratisierungskritik à la Schelsky und Biedenkopf – beide erwähnte er namentlich²⁷⁰ – auf, um die christdemokratische Position zu erläutern und vor der Abschaffung des »Private[n]«, »[s]o, wie es schon einmal im ›Dritten Reich‹ geschehen ist«, zu warnen.²⁷¹ Emotionalisierung gegen einen vermeintlichen linken Totalitarismus funktionierte Mitte der 1970er nicht nur mit dem Schreckensbild Moskau, sondern ebenfalls mit der Warnung vor der Wiederkehr der jüngeren deutschen Vergangenheit.

Filbinger ließ andere zu Wort kommen: Auf Sontheimers Rezension rekurrierend erklärte er die Eppler'sche Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus für unbrauchbar, da »politische Strukturen [...] in diesem Sinn institutionalisierte Normensysteme« seien, die Normen besser schützten, »als es ein bloßer Wertkonservatismus je zu tun vermöchte, weil sich ein solcher schließlich in der schieren Formulierung von Wünschenswertem erschöpfen müsste.«²⁷² Eppler erneuerte seine Kritik an dem via Filbinger kolportierten Gedanken Schelskys – »am Schluß mit etwas [Arnold] Gehlen versetzt, der gar nicht zum übrigen paßt« – und warf, nicht ohne vor dessen eigener Gefährlichkeit für die Demokratie zu warnen, dem amtierenden Ministerpräsidenten unredliche Polarisierung »im Zeitalter der Radikalenbeschlüsse« vor.²⁷³ Was Filbinger an Polemik und harten Bandagen im Wahlkampf aufbrachte, fehlte Eppler. Letzterer erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen den Amtsinhaber, der behauptet hatte, Eppler, der vorgeblich radikale »Systemveränderer«, wolle die Wirtschaft der BRD notfalls an die Grenzen der Belastung führen.²⁷⁴

Nach zeitgenössischen Einschätzungen zeichnete den schwäbischen Spitzenkandidaten der SPD sein »unterkühlter Intellekt«²⁷⁵ aus, »der die üblichen rhetorischen Scheingefechte vermeidet« und mit »leidenschaftsloser Sachlichkeit [...] nicht den Eindruck aufkommen [lässt], als ob man sich inmitten eines ›Wahlkampfes‹ befände«. Fragwürdig war jedoch, »ob so viel guter Wille sich in Stimmen für die Sozialdemokraten« ummünzen würde.²⁷⁶ Dem war nicht so. Eppler vermochte es nicht, die Mehrheit der Wähler zu überzeugen. Im Gegenteil, die SPD verlor im Vergleich zur vorangegangenen Wahl von 1972 vier Sitze im Landtag, während die CDU fünf

269 Filbingers Publikation findet sich, mit einigen Anmerkungen und Unterstreichungen versehen, in Epplers Depositum (Ordner 1/EEAC0000166).

270 Vgl. Filbinger, Hans: Freiheit. Strukturen und Werte, Stuttgart 1976, S. 17 u. 18.

271 Vgl. ebd., S. 7, Zitate ebd.

272 Vgl. ebd., S. 24–27, Zitate S. 26 u. 27.

273 Eppler, Erhard: Wenn einer die Geschichte absichtlich missversteht, Zitate ebd., in: Vorwärts v. 22.1.1976.

274 Vgl. o. A.: Eppler erwirkt einstweilige Verfügung gegen Filbinger, in: Stuttgarter Zeitung v. 21.2.1976.

275 Seele, Gerhard R.: Ein Spitzenkandidat kuscht nicht, in: Rhein-Neckar-Zeitung v. 2.2.1976.

276 Vgl. Papendieck, Hans-Anton: Erhard Eppler – ein Intellektueller und ein Schwabe, in: Hannoversche Allgemeine v. 22.3.1976, Zitate ebd.

hinzugewann.²⁷⁷ Der überragende Wahlsieg der CDU hatte zur Folge, dass der von den Christdemokraten in Baden-Württemberg getestete Wahlkampfeslogan »Freiheit statt Sozialismus« sich für die Bundestagswahl desselben Jahres qualifizierte²⁷⁸ und Eplers Ziel, »daß die SPD mit einem anderen Programm als dem von Schmidt und Apel in den kommenden Wahlkampf zieht«²⁷⁹, kaum noch denkbar erschien. Ihm galt die Parole als Beweis dafür, dass es Teilen der Union in Wirklichkeit um die »Systemveränderung von rechts«²⁸⁰ gehe.

Wie groß Eplers Anteil am Ausgang der Landtagswahl tatsächlich war, lässt sich schwer einschätzen, denn erstens hatte die SPD 1972 erheblich von der »Willywählen«-Euphorie profitiert, die zu einer nie wieder erreichten Wahlbeteiligung von 80 Prozent geführt hatte²⁸¹. Zweitens stand die Wahl 1976 unter dem Eindruck der allgegenwärtigen Krise, die die Bundespartei und in der Folge die SPD in Baden-Württemberg zu gefährden drohte. Erstere konnte sich nur mithilfe der FDP in der Regierung gegen die Union behaupten, die immerhin die stärkste Fraktion stellte. Wenn der Befund, geistige Führung gehe der politischen voraus, korrekt war, so hatte Eppler weder die eine noch die andere erringen können. Die von Filbinger verfolgte Strauß'sche Negativstrategie hatte der CDU in Baden-Württemberg hinsichtlich des Wahlergebnisses jedenfalls nicht geschadet. Der antitotalitäre Konsens stach den wachstumskritischen aus. Weniger Mobilisierungspotenzial, dafür umso mehr Stoff für den Parteien- und Expertenstreit lieferte die Frage der Organisation des Rundfunks.

2.2 Massenmedien und Massenmanipulation

2.2.1 Wettbewerbsrecht vs. Kommunikationstheorie

Die Union hatte sich bis zur Mitte der 1960er-Jahre programmatisch nicht mit der Medienpolitik befasst. Auch Konrad Adenauers Versuch, neben das von den Landesrundfunkanstalten zusammengestellte Programm der ARD einen ihm genehmeren bundesweiten Fernsehsender zu installieren, hatte sich dahingehend nicht niedergeschlagen. Die 1960 gegründete Deutschland-Fernsehen GmbH, an der der Bund 51 und die Länder 49 Prozent halten sollten, hatte keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht gehabt. Es stellte im sogenannten 1. Fernsehurteil mit dem Verweis auf die

277 Vgl. Angaben in: Der Bundeswahlleiter (Hg.): Ergebnisse früherer Landtagswahlen, S. 84.

278 Vgl. Eilforth, Michael: Die Baden-Württemberg-Partei(en), in: Langewiesche, Dieter/Steinbach, Peter u. a. (Hg.): Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Hans-Georg Wehling zum Siebzigsten, Stuttgart 2008, S. 105-122, S. 112.

279 O. A.: Ein Dolchstoß?, in: Der Spiegel, Nr. 20 v. 12.5.1975, S. 164-166, S. 165.

280 Eppler: Parteipolitik (wie Fn, 239), S. 19.

281 Vgl. Hin, Monika: Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952, in: Statistisches Monatsheft 4/2012, S. 104-108, Zahlenangabe S. 104.